

Die „Lohnsteuer runter“-Kampagne: Eine vergebene Chance

Hans Schorsch

Mit der „Lohnsteuer runter“-Kampagne ist es dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) gelungen, ein Thema zu setzen. Gut 880.000 Menschen unterstützen sie mit ihrer Unterschrift. Die Wirkung auf die Regierung ist groß: Die SPÖ erklärte das vorgeschlagene Modell zur Parteilinie. Kanzler Werner Faymann bezeichnete die Frage als „politisch lebenswichtig“ für die Koalition. Für Vizekanzler und ÖVP-Obmann Reinhold Mitterlehner wird die Regierung „wahrscheinlich auch kein Recht haben, weiter zu bestehen“, sollte ihr bis März 2015 keine Steuerreform gelingen.

Verteilungspolitische und strategische Mängel

Dem ÖGB ist es somit gelungen, sein Anliegen zur Schicksalsfrage der Koalition zu machen. Das ist positiv: In Zeiten fallender Lohnquoten, wiederkehrender Angriffe auf Arbeitsrechte und einer verfehlten EU-weiten Austeritätspolitik ist es wichtig, dass die Gewerkschaften mobilisierungsfähig sind und es verstehen, die Regierung unter Druck zu setzen. Auch die konkreten Ziele der aktuellen Kampagne – etwa die Stärkung kleiner Einkommen und die Einführung einer Vermögenssteuer – verdienen jede Unterstützung.

Mir erscheint jedoch fraglich, ob diese Anliegen mit der vorliegenden Kampagne erreicht werden können. Dies liegt an den verteilungspolitischen Mängeln des vorgeschlagenen Modells, aber auch an strategischen Defiziten der „Lohnsteuer runter“-Kampagne.

Große Einkommen absolut und relativ stärker begünstigt

Oberstes Ziel jeder Steuerreform muss die Begünstigung von Menschen mit kleinen Einkommen sein. Angesichts der seit Jahren steigenden Ungleichheit gebietet das neben der sozialen Gerechtigkeit auch die ökonomische Vernunft. „Gerade die Erhöhungen kleinerer Einkommen fließen zum größten Teil direkt in den Konsum. Das stärkt die Kaufkraft, kurbelt die Wirtschaft an, stützt die Konjunktur und schafft Arbeitsplätze“, heißt es richtigerweise in der offiziellen Kampagnenunterlage. Doch genau dieses Ziel verfehlt eine Lohnsteuersenkung zwangsläufig: Rund das ärmste Drittel der Arbeitnehmer_innen und Pensionist_innen hat ein so geringes Einkommen, dass sie den Steuerfreibetrag von 11.000 Euro nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge nicht überschreiten. Wer keine Lohnsteuer zahlt, hat auch nichts von ihrer Senkung. Diese Menschen würden allerdings von der ebenfalls vom ÖGB geforderten Erhöhung der Negativsteuer auf 450 Euro profitieren.

Unterm Strich begünstigt das geforderte Steuermodell aber große Einkommen wesentlich stärker – und zwar nicht nur absolut, sondern auch relativ. Wie der offizielle Kampagnenrechner zeigt, würden Spitzeneinkommen von 105.000 Euro brutto jährlich (7.500 Euro monatlich bei 14 Gehältern) um 5 Prozent entlastet, kleine Einkommen von 14.000 Euro brutto jährlich (1.000 Euro monatlich) hingegen um nur 2,9 Prozent. Schuld daran

ist unter anderem die Anhebung der Grenze für den Spitzensteuersatz von 60.000 auf 80.000 Euro. Diese Begünstigung von Topverdiener_innen ist unverständlich. Sie profitieren ohnehin maximal von der Senkung der unteren Steuersätze. Vielmehr wären zusätzliche, höhere Progressionsstufen sinnvoll gewesen, um die Kosten der Reform für den Staatshaushalt zu verringern.

FCG-Zugeständnis bringt keinen strategischen Durchbruch

Die Steuergeschenke für Spitzeneinkommen waren laut Medienberichten ein Zugeständnis der sozialdemokratischen FSG an die konservative FCG, die dem Konzept im ÖGB-Bundesvorstand tatsächlich zustimmte. Doch noch am selben Tag beschlossen die ÖVP-Arbeitnehmer_innen im ÖAAB ein eigenes Steuerreformkonzept: ohne Vermögens- und Negativsteuer, gegenfinanziert ausschließlich durch Ausgabenkürzungen.

Das An-Bord-Holen der FCG hat also keinesfalls dazu geführt, die ÖVP durch internen Druck zur Zustimmung zu Vermögenssteuern zu bringen. Ganz im Gegenteil tritt Finanzminister Hans Jörg Schelling weiterhin offensiv für eine Gegenfinanzierung mit negativer Verteilungswirkung ein, etwa durch Ausgabenkürzungen oder eine teilweise Erhöhung der Mehrwertsteuer. Selbst das Ziel, das gesamte Steuerreform-Volumen der Lohnsteuersenkung zu widmen, wurde nicht erreicht. Geht es nach der ÖVP, sollen auch Unternehmen und Familien profitieren. Zum derzeitigen Stand (Anfang Dezember 2014) hat die ÖGB-Spitze also große politische Zugeständnisse gemacht, ohne einen strategischen Durchbruch zu erreichen.

Ohne Gegenfinanzierung droht negative Verteilungswirkung

Was die Gegenfinanzierung der Lohnsteuersenkung betrifft, ist das ÖGB-Modell erstaunlich vage. Von den sechs Milliarden Euro soll etwa eine Milliarde aus „wirksamen Maßnahmen gegen Steuerbetrug“ kommen. Details zur Berechnung und Umsetzung bleibt die Kampagnenunterlage schuldig. Dasselbe gilt für die geforderten Steuern auf Vermögen, Erbschaften, Schenkungen und Stiftungen. Mit zwei Milliarden Aufkommen aus diesen vermögensbezogenen Steuern bleiben die ÖGB-Vorstellungen deutlich hinter dem Modell der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA djp) zurück. Dieses sah 2010 Einnahmen von 3,5 Milliarden Euro ausschließlich aus einer Vermögenssteuer vor. Warum der ÖGB heute zurückhaltender ist, als es seine Teilgewerkschaft vor fünf Jahren war, ist nicht nachvollziehbar – zumal die Vermögenskonzentration seither zugenommen hat.

Die wichtige Frage der Gegenfinanzierung scheint nur geringe Priorität zu haben. So betont die Kampagnenunterlage zwar, dass Ausgabenkürzungen oder Massensteuererhöhungen nicht gewünscht seien. Doch die APA zitiert Sabine Oberhauser, langjährige ÖGB-Vizepräsidentin und nunmehrige Gesundheitsministerin, mit den Worten: „Wesentlich ist eine Lohnsteuersenkung.“ Woher das Geld dafür komme, sei ihr „egal“. Diese Position birgt eine große Gefahr: Sollte die Senkung tatsächlich ohne Gegenfinanzierung beschlossen werden, drohen über kurz oder lang Ausgabenkürzungen. Dann könnte im schlimmsten Fall ein von Reich zu Arm umverteilendes Element der Verteilungspolitik, etwa Sozialleistungen, gekürzt werden, um ein anderes von Reich zu Arm umverteilendes Element, die progressive Lohnsteuer, zu senken. Die Verteilungswirkung des Gesamtsystems wäre danach ungerechter als zuvor.

Verengung auf Lohnsteuer ist das Hauptproblem

Das führt zu meiner Ansicht nach wichtigsten Kritikpunkt an der ÖGB-Kampagne: der Verengung auf eine Lohnsteuersenkung. Erstens nützt diese, wie bereits ausgeführt, gerade kleinen Einkommen gar nicht. Der ÖGB setzt sich damit dem oft gehörten Vorwurf aus, nur für ohnehin etablierte Arbeitnehmer_innen mit einigermaßen guten Verträgen und Einkommen da zu sein, nicht für die wachsende Zahl an Prekarisierten.

Zweitens ist es diskursiv problematisch, eine Steuersenkung ins Zentrum der Kampagne zu stellen. Der ÖGB riskiert damit, in der öffentlichen Debatte die neoliberale Position „Die Steuern sind zu hoch“ zu stärken. Forderungen wie „Die Abgabenquote muss sinken“ oder „Österreich hat ein Ausgabenproblem“ sind problemlos mit „Lohnsteuer runter“ kompatibel und können von der Mobilisierung und Präsenz des ÖGB profitieren. Sinnvoller wäre es gewesen, ein konsequentes Gegennarrativ zu diesen neoliberalen Positionen zu etablieren, etwa mit der Hauptbotschaft „Vermögenssteuer jetzt“. Die ÖGB-Kampagne ist damit auch ein diskursiver Rückschritt gegenüber der Arbeiterkammer-Kampagne für mehr Verteilungsgerechtigkeit („Bei den Steuern läuft etwas schief...“).

Drittens blendet der ÖGB mit der Verengung auf die Lohnsteuer aus, worum es bei Steuerpolitik geht: um Interessenskonflikte, die es auszutragen gilt. Das vorgeschlagene Modell „soll eine spürbare Entlastung aller Menschen bringen“, heißt es in der offiziellen Kampagnenunterlage. „Es gibt keine VerliererInnen!“ Doch jede Steuerreform bedeutet zwangsläufig eine Verschiebung der Steuerbeiträge. Wenn es dabei keine Verlierer_innen gibt, kann es auch keine Gewinner_innen geben. Auch der ÖGB-Vorschlag sieht die Belastung einzelner Gruppen vor, etwa der Vermögenden, um andere zu entlasten. Dass die Pläne dazu viel vager bleiben als jene zur Steuersenkung, passt ins Bild: Statt die bestehenden Interessenskonflikte klar auszusprechen und Position zu beziehen, setzt die Kampagne auf vermeintliche Harmonie-Botschaften. Der ÖGB verschleiert damit, in traditionellem Vokabular gesprochen, seinen Klassenstandpunkt. Dabei nützt diese Verschwommenheit der Debatte gerade jenen, die die bestehende Verteilungsschieflage nicht korrigieren wollen: Viele BürgerInnen sind gegen Vermögenssteuern, weil sie sich für reicher halten, als sie tatsächlich sind. Viele kleine Sparer_innen sind gegen die Abschaffung des Bankgeheimnisses, obwohl es nur Steuerbetrüger_innen nützt. Die Vermögenden können diese Menschen erfolgreich instrumentalisieren, solange Interessenslagen und Konfliktlinien in der Öffentlichkeit verzerrt bleiben. Das Ziel, mehr Klarheit in die Verteilungsdebatte zu bringen und sie damit zu repolitisieren, wurde mit der Verengung auf „Lohnsteuer runter“ verfehlt. Daher ist die Kampagne aus heutiger Sicht leider als vergebene Chance zu betrachten.

Literatur

- GPA-djp (2010) FAQs: Vermögenssteuer – Vermögensbezogene Besteuerung, http://www.wegeaus-der-krise.at/fileadmin/dateien/downloads/GPA_Modell.pdf.
- Maltschnig, Eva/Kowall, Nikolaus (2014) Gegen eine Anti-Robin-Hood-Politik. In: Der Standard, 26. September 2014, <http://derstandard.at/2000006102772/Gegen-eine-Anti-Robin-Hood-Politik>.
- ÖGB (2014) Lohnsteuer runter! ÖGB/AK-Entlastungsmodell für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen, http://www.lohnsteuer-runter.at/downloadsneu/OEGB_LoRu_OEGBAK_Modell.pdf.
- ÖGB (2014) Online Mehr-Netto-Rechner, <http://lohnsteuer-runter.at/rechner.php>.